

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 10,50 Mk., monatlich 3,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 Mk., zzgl. Zustellungsgebühr. Unser Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 10,75 Mk., bei wöchentlich einmaliger Zustellung 8,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphen-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Mariaplan, Nr. 15190-15197.

Montag, den 3. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Mariaplan, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die schmalste normale Anzeilenzeile kostet 1,50 Mk., Teuerungszulage 60%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 70 Pfg. (ausdrückliche Angabe des Wortes), jedes weitere Wort 30 Pfg. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszulage 70%. Familien-Anzeigen, politische und gesellschaftliche Vereine - Anzeigen 1,50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Unter den Eichen 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Fortdauer des Metallarbeiterstreiks.

Die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die über Annahme oder Ablehnung der letzten Einigungsvorschläge zu entscheiden hat, wurde heute vormittag fortgesetzt. Mit Bezug auf die in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung des Genossen H. Kollmann wurde beantragt, die bei den Verhandlungen am Sonnabend zugegen gewesenen Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien herbeizurufen und ihnen das Wort zur Äußerung über diese Angelegenheit zu geben. In der Diskussion über diesen Antrag sagte Kollmann: Wenn Kollmann behauptet, ich hätte gesagt, daß ich den Vorschlag der Unternehmer der Generalversammlung empfehlen würde, dann ist er ein Lügner. Mir so etwas nachzusagen ist eine Verleumdung. Ich erwarte, daß Kollmann mich verklagt, damit vor Gericht festgestellt werden kann, was ich gesagt habe. Ich habe die Vorschläge der Unternehmer abgelehnt. Nachdem aber eine Änderung in unserem Sinne nicht zu erreichen war, habe ich gesagt, ich werde der Generalversammlung die Vorschläge vorlegen, aber nicht, daß ich sie empfehlen werde. Am Sonnabendabend habe ich gesagt, ich hätte es für angebracht, mit dem Streik Schluß zu machen. Dasselbe habe ich auch in der Generalversammlung am Sonntag gesagt. Es ist eine Gemeinheit, wenn Funktionäre unseres Verbandes im „Vorwärts“ behaupten, ich habe nicht den Mut, meine Meinung zu sagen.

Der Antrag, die Parteivertreter zu hören, wurde nach kurzer Diskussion angenommen. Da sie aber noch nicht zugegen waren, wurde die Debatte über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks fortgesetzt.

Der erste Redner sprach für Beendigung des Streiks, da eine Fortsetzung des Kampfes eine verlorene Sache für die Arbeiterbewegung bedeute. Dann folgten zwei Redner, die mit Entschiedenheit dafür eintraten, daß der Streik fortgesetzt werde, wenn nicht die Gewähr für Wiedereinstellung der Vertrauensleute gegeben werde. Ein Redner sagte, Kollmann und Müller hätten die Interessen der Streikenden geschädigt, indem sie am Sonntag für den Abbruch des Streiks eintraten.

Jetzt berief sich auf einen Beschluß der Ortsverwaltung, wonach Zeitungsberichterstattung zu den Generalversammlungen nicht zugelassen sind, sondern ein Bericht für die Presse von der Ortsverwaltung herauszugeben ist. Der Redner beantragte, die Vertreter der Presse aus der Versammlung auszuschließen, weil interne Angelegenheiten behandelt werden, die für die Öffentlichkeit nicht geeignet seien. Ein anderer Redner sprach gegen den Antrag, weil in der Versammlung nichts erörtert werde, was nicht auch öffentlich bekannt werden dürfte. Blumenthal befürwortete den Antrag. In den letzten Generalversammlungen sei man von dem Beschluß der Ortsverwaltung abgewichen und habe die Presse zugelassen. Es empfehle sich, den Beschluß strikte durchzuführen. Der Antrag wurde gegen einzelne Stimmen angenommen. Infolgedessen entfernten sich die Berichterstatter des „Vorwärts“, der „Freiheit“ und einer Lokalzeitung.

Inzwischen hat sich Genosse Kollmann in die Versammlung begeben, wo er Gelegenheit hat, auf den Antrag von Kollmann zu antworten.

Nach dem weiteren Verlauf der Versammlung wird uns berichtet:

Die Generalversammlung erteilt dem Kollegen Kollmann und der Fünfschneckerkommission Entlastung und spricht denselben das vollste Vertrauen aus. Die volle Verantwortung selbst tragend, beschließt sie:

Die Vorschläge der Unternehmer über die Aufnahme der Arbeit sind völlig unannehmbar. Streik ist keine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses. Die Streikenden, Ausgesperrten und Entlassenen sind bei der Wiederaufnahme der Arbeit gleichzustellen. Alle Entlassungen sind rückgängig zu machen. Die Fünfschneckerkommission erhält den Auftrag, den Unternehmern nochmals die Forderung der Streikenden „der Arbeiterschaft werden dieselben Rechte gewährt, die diese wie bei Ausbruch des Streiks in den Betrieben hatten“ zu unterbreiten. Um diese Forderung zu unterstützen, und um den Anschlag der Unternehmer auf bestehende Rechte der Arbeiter abzuwehren, ruft die Generalversammlung alle noch in Arbeit stehenden Metallarbeiter Groß-Berlins auf, sofort in den Solidaritätsstreik einzutreten. Die politischen Vertretungen der Arbeiterschaft fordert die Generalversammlung auf, alle für den Generalstreik notwendigen Vorbereitungen zu treffen und diesen (sollten die Unternehmer von ihrem die Grundrechte der Arbeiter bedrohenden Verhalten nicht ablassen) nach Ablauf von 38 Stunden zu erklären. Die im Streik stehenden Kollegen werden aufgefordert, unentwegt im Kampf zu verharren, bis alle revolutionären Bläse der Unternehmer reiflos abgeschlagen sind. Ebenfalls fordert die Generalversammlung, daß der Vollzugsrat Groß-Berlin (?) sofort eine Vollversammlung der Arbeiter- und Betriebsräte aller Industriezweige einberufen soll, um eine entscheidende Stellung zu dem Kampfe in der Metallindustrie zu treffen. Diese Resolution wurde mit 4000 gegen 17 Stimmen angenommen.

Einkehr der Vernunft.

(Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)

Bei den Nürnberger Metallarbeitern, deren Delegierte zum Stuttgarter Verbandstag noch lauter Linksradikale waren, ist ein völliger Umschlag eingetreten. Die sonntägliche Generalversammlung wählte nicht einen einzigen Unabhängigen, sondern bestätigte mit großer Mehrheit die alte Verwaltung.

Die Nürnberger Gewerkschaftsbewegung stand immer in erster Reihe. Dieser Umschwung ist bedeutsam und kann durch noch so lautes Geschrei nicht der allgemeinen Beachtung entzogen werden.

Ein Berliner Kompromiß.

In alter Zeit, als es noch eine einheitsliche sozialdemokratische Partei gab, legten die Berliner stets großes Gewicht darauf, recht weit auf dem linken Flügel zu stehen. Kein Wunder, daß dann auch die Berliner bei der verhängnisvollen Spaltung eine besonders große Rolle spielten. Seit sich indes die Bildung der unabhängigen Partei vollzogen hat, scheint sich das Zentrum des Ultraradikalismus von Berlin weg, nach Leipzig, verschoben zu haben, die Berliner Radikalen beginnen, ein wenig zu staatsmännern und suchen mit reiflichem Eifer einen gangbaren Weg der Mitte, auf dem sich die auseinander fallende Partei vielleicht doch noch zusammenhalten läßt.

Die Generalversammlung der Berliner U. S. P. D. hat gestern eine Resolution angenommen, deren Zweck es zu sein scheint, in der Frage der Internationale eine rettende gemeinsame Plattform für den bevorstehenden außerordentlichen Parteitag zu finden. Während nämlich Leipzig, Halle und andere Mitgliedsparteien für und wegen den Anschluß an die bolschewistische dritte Internationale in Moskau verlangen, ein Beschluß, dem sich die Rechte der Partei mit allen Kräften widersetzt, hat die Berliner Versammlung folgendes salomonisches Urteil abgegeben:

In der Erkenntnis, daß von der Reueheit der der zweiten Internationale angeschlossenen Parteien nichts im Sinne des revolutionären Fortschritts zu erwarten ist, wir uns aber der dritten Internationale nicht bedingungslos anschließen können, ersuchen wir die Parteileitung, geeignete Schritte zu unternehmen, um mit den revolutionären Parteien aller Länder in Fühlung zu kommen und auf diese Weise den Boden für eine wirklich revolutionäre, aktionsfähige neue sozialistische Internationale vorzubereiten.

Lebedour, der Hauptredner des Tages, „ergänzte“ diesen Beschluß dann noch dahin, daß die Partei „unter keinen Umständen nach Genf gehen“ werde. Wir wissen nicht, inwieweit bei den Unabhängigen ein einzelnes Parteimitglied berechtigt ist, gefasste Beschlüsse einer Organisation authentisch zu interpretieren, und glauben, daß in dieser Sache wohl der Parteitag das letzte Wort sprechen wird, dem freilich wieder durch den Vorstoß des radikalen Lebedour die Entscheidung bedeutend erschwert wurde. Denn die Berliner Resolution läßt ja immer noch die Möglichkeit offen, daß man nach Genf geht, um dort für die „wirklich revolutionäre“ Internationale zu wirken: ein Strohhalm, noch dem die Rechte begierig gegriffen haben würde, wenn ihn der hochharte Lebedour nicht schleunigst wieder weggezogen hätte.

Der Berliner Beschluß ermöglicht es den Unabhängigen, unter donnernden Redewendungen den Weg nach Moskau zu verlassen und den nach Genf zu beschreiten. In der Auslegung Lebedours bringt er aber die Partei dazu, zwischen zwei Stühlen auf dem Boden Woz nehmen zu müssen, und die Parole lautet: weder Genf noch Moskau!

Das mag manchen Leuten scherzhaft „revolutionär“ vorkommen, andere werden den Beschluß gerade in der Lebedourschen Auslegung reichlich nationalliberal finden, denn dann läuft das Ganze schließlich doch darauf hinaus, daß man aus Angst vor einer Entscheidung überhaupt keine fällt. Ich sage nicht so, und ich sage nicht so, denn würde ich so oder so sagen, so könnte man sagen, ich hätte so oder so gesagt. Es ist derselbe Mangel an Verantwortungssinn und Entschlußkraft, den man an der ganzen Politik der Unabhängigen seit der Spaltung bemerken kann. Zur Spaltung hat es gerade noch gereicht, damit aber zu nichts mehr. Genf, das wäre ein Schritt nach rechts, Moskau, das ist ein Schritt nach links, also, man bleibe in der Mitte und gehe weder dorthin noch dahin!

Auch sonst trug die Berliner Versammlung Kompromißcharakter. Das zeigte sich in der Frage, wie man das Verhältnis zwischen Parlamentarismus und Rätediktatur behandle. Natürlich fehlte es nicht an antiparlamentarischen Geistern, die überhaupt nicht mißpielen wollten, solange Deutschland von Parlamenten und nicht von Räten regiert wird. Hier war es umgekehrt wieder Lebedour, der den zu weit nach links rutschenden Barren ein Stückchen nach rechts zog mit der allbekannten Redensart, man müsse jedes Mittel zur Revolutionierung der Massen benutzen. Schließlich wurde denn auch ein Antrag angenommen, der die Beteiligung am Parlamentarismus als Mittel des revolutionären Proletariats gutheißt. Damit wäre man im sozialistischen U. S. P. D., das wir vor fünfzig Jahren zu lernen begannen, glücklich doch wieder beim Ausgangspunkt. Man will zu den Parlamenten wählen, sich an der Parlamentsarbeit beteiligen und wird, wenn man einmal zahlenmäßig stark genug ist, auch wieder die Notwendigkeit erkennen, praktische Arbeit auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie zu leisten, während die „Rätediktatur“, „das brennende Endziel“, sich immer höher ins Blaue hinaufentwikkelt.

Man hat sich natürlich auch für die Rätediktatur ausgesprochen, aber für die Rätediktatur ohne Terror. Die Rätediktatur ohne Terror ist aber das berühmte Messer ohne

Einhaltbefehl gegen den Kohlenstreik.

Der Amerikaner „Telegraph“ meldet aus New York, daß Frank Hayes und 83 anderen Gewerkschaftsführern auf Ersuchen des stellvertretenden Generalsanwalts vorübergehend jede Agitation verboten wurde. Am 11. November wird der Gerichtshof über das Streikverbot eine definitive Entscheidung treffen. Wilson hat die Pläne des Kabinetts zur Verfolgung der Streikführer gebilligt auf Grund des Gesetzes, das Ausschände, die die Lebensmittel- und Kohlenversorgung beeinträchtigen, für unerlaubt erklärt. Nach Angabe der Gewerkschaftsführer streiken 400 000 Bergleute.

Schadenersatz für Scapa Flow.

In dem Zusatzprotokoll zum Versailler Diktat, das uns auferlegt werden soll, werden wir uns auch verpflichten müssen, für die in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe eine Anzahl Schiffe im Wert von 100 Millionen Reichsmark zu beschaffen und sonstiges Flottenmaterial herzugeben.

Vom Obersten Rat wird berichtet, es erscheine unmöglich, das Versailler Diktat am 11. November in Kraft zu setzen. Ein Antrag im nordamerikanischen Senat fordert das Deutsche Vertreter sollen nach Paris zu Verhandlungen über die Durchführung der Maßnahmen kommen, die bei Inkrafttreten des Versailler Beschlusses getroffen werden müssen.

Vorzeltige Besetzung Hensburgs?

In Hensburg trafen zwei englische Offiziere ein, um Quartier für die englische Besatzung zu machen. Diese werde von Räten kommen und Donnerstag eintreffen. Es wurde ihnen bedeutet, daß doch keine Besetzung vor der Ratifizierung stattfinden könne und daß in den Kasernen die Reichswehrtruppen lagen.

Versammlungsfreiheit am 9. November!

Das Oberkommando wird eine Verordnung erlassen, der zufolge für den 9. November als den Jahrestag der Revolution die Anmeldepflicht für alle Versammlungen aufgehoben werden wird. Wer also diesen Tag festlich begehen will, kann dies in Lokalen und Sälen ungehindert tun. Ueber die Genehmigung der Versammlungen unter freiem Himmel wird der Polizeipräsident mit den in Frage kommenden Parteien in Verbindung stehen. Versammlungen, die an der Peripherie Berlins stattfinden sollen, werden genehmigt werden, dagegen werden Versammlungen unter freiem Himmel im Innern der Stadt aus Gründen der öffentlichen Sicherheit nicht gestattet werden können. Der Reichswehrminister wird dafür Sorge tragen, daß sich am 9. November keine bewaffneten Truppenaufmärsche auf den Straßen zeigen.

Was den 7. November anbetrifft, der von den Bolschewisten der Moskauer Sowjetregierung als besonderer Weltfeiertag in Anspruch genommen zu werden scheint, so sei ausdrücklich bemerkt, daß für diesen Tag die Anmeldepflicht der Versammlungen in vollem Umfang besteht und ebenso alle Verordnungen, die infolge des Belagerungszustandes erlassen worden sind, voll in Kraft bleiben.

Hugo Haase

Hugo Haase hat eine gute Nacht verbracht. Seine Schwäche ist indessen so groß, daß seine Angehörigen in seinem Aufkommen zweifeln. Die Ärzte betrachten den Zustand Haases etwas günstiger. Die Silberinjektion scheint gegen die Blutvergiftung gut gewirkt zu haben. Temperatur heute mittag 38,8 Grad.

Klinge, dem das Best fehlt. Die Rätediktatur ohne Terror — was kann das anders sein als eine Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts, von dem allenfalls eine paar arbeitlose Ausbeuter ausgeschlossen sind? Rätediktatur ohne Terror kann auf keinen Fall eine Minderheits-herrschaft sein, für die sich jetzt sogar der ehemalige Demokratische Reichstag einsetzt, denn wie eine Minderheit ohne Terror über die Mehrheit regieren will, das bleibt ein ungelöstes Rätsel. Wenn anders man die Lösung nicht in jenem Auspruch Ledebours sehen will: „Wenn wir terroristische Mittel billigen, dann schlagen wir uns selbst alle Mittel aus der Hand, mit denen wir den Sozialismus bekämpfen“. Allerdings, wenn man selber dem Volk eine Minderheits-herrschaft gewalttätig aufzwingen will, dann erscheint der Kampf gegen die Gewalt, die der Mehrheit ihr Herrschaftsbrecht sichern will, als eitel Scheitern. Das hat Ledebour ganz richtig begriffen, nur läßt seine Erklärung leider die Deutung zu, man wolle sich zur Gewalt nur solange nicht bekennen, als man sie nicht hat, und dann würde die Scheiterei ja nur noch schlimmer.

Alle diese Mängel zeigen doch nur zu deutlich, wie in den Reihen der Unabhängigen das Gefühl überhand nimmt, daß man sich in eine Sackgasse verrannt hat. Man bekämpft sich weder zur Gewalt noch zur Demokratie, weder zu Rosa-Luxemburg noch zu Genf, und ebenso bekämpft man sich weder zu den erprobten Methoden des Gewerkschaftskampfes, noch zu den gewerkschaftlichen „revolutionären Betriebsorganisationen“, wie sie die Kommunisten fordern. Auch hier Kompromiß: Die Gewerkschaften seien in dem Geiste des revolutionären Sozialismus und des Rätediktatur umzubauen, Betriebsorganisationen seien abzulehnen.

Die Partei der Unabhängigen zeigt sich so auf allen Gebieten mit dem Fluß der Halbheit geschlagen. Sie gleicht der Fledermaus in der Fabel, die bald mit ausgebreiteten Flügeln für einen Vogel gelten will, bald wieder, in sich zusammengeklappt nur ein Mänslein sein will und das Geschlecht der grauen Rager hochleben läßt. Was sollte eine Partei, die so alle Klarheit der Grundfrage, alle Festigkeit des Willens mangelt, für die Sache der Arbeit positiv leisten können?

## Die Washingtoner Konferenz.

Die Konferenz behandelte die Frage der 48wöchigen Arbeitswoche. Die Delegierten stellten die Frage, was die Vereinigten Staaten tun werden. Wenn Amerika sich nicht amittelt, sondern nur als Gast an der Konferenz beteilige, würden vielleicht verschiedene Staaten sich dem Plan der 48wöchigen Arbeitswoche anschließen, weil nur dann die Vereinigten Staaten, als große Konkurrenz, das Recht hätten, eine längere Arbeitswoche einzuführen oder beizubehalten, wodurch der Wettbewerb noch schwieriger gemacht würde. — Eine Antwort auf diese Frage wird nicht gemeldet. Da Amerika nur Gast ist, was soll es auch antworten? Ein nettes Spiel!

## Französische Militärverwaltung bleibt!

In einer Unterredung mit einem Berichterstatter des „Petit Parisien“ erklärte der Oberkommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Lirard, er sei nicht der Ansicht, daß mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die gesamte Verwaltung des besetzten Gebietes in die Hände der deutschen Verwaltung übergehe. Bis zum Tage der Ratifizierung habe bei jedem Vordruck (Sous-préfet) ein Offizier die Verwaltungsmassnahmen der deutschen Beamten überwacht, die mit vollem Recht für verbindlich gehalten hätten, weil sie nicht nur Deutsche, sondern Preußen oder Bayern gewesen seien, das heißt fremd im Rheinland und ergebene Diener des Zentralorganismus von Berlin und München. Er stelle sich

deshalb die Frage, ob mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die französischen Kontrollbeamten der Besatzungswindungen sollen. Solange die Behörden dieser Länder durch fremde Beamte geleitet würden, sei es unmöglich, die Franzosen sich um diese Politik nicht kümmern, die einen ausgesprochen preussischen Charakter trage und die sicher alle Mittel anwenden werde, der Okkupation entgegenzuwirken und die Sicherheit der alliierten Armeen in Gefahr zu bringen. Der Friedensvertrag enthalte einen Paragraphen, der dem französischen Militär das Recht gebe, über seine eigene Sicherheit zu wachen. Lirard wolle freilich den Vertrag in einem Geiste ablosoluter Loyalität, ja selbst in einem Geiste des Wohlwollens gegenüber den Demagogen, von denen viele Frankreich freundlich gesinnt seien, ausführen. Die Mitwirkung der Offiziere sei ihm lieber als die von Zivilbeamten, auch die wirtschaftlichen Sektionen, die französische Offiziere gebildet hätten, sollen beibehalten werden; sie würden eine Art von Konsulaten werden, die frei von jeder Politik sich betätigen sollen. Die Offiziere würden die französischen nationalen Interessen auf Grund ihrer Sachkenntnis, verstärkt durch das Prestige des Soldaten, erfüllen können.

Also nicht fremde, d. h. deutsche, sondern französische Interessen sollen maßgebend sein. Das ist des Pudels Kern. Gegen den Führer der lothringischen Bergarbeiter, Charles Offerle, den jetzigen Redakteur der sozialistischen „Revue“ „L'ouvrier“, ist eine Strafuntersuchung wegen revolutionärer Umtriebe“ eingeleitet worden. Das Blatt zeigt trotz Aufhebung von Zensur und Besatzungszustand noch immer zahlreiche Räden und unterliegt immer noch zeitweiligen Verboten. Gegen die Massenaustrweisungen, die in letzter Zeit in Lothringen wieder sehr stark betrieben werden, wenden sich die Sozialisten in ihren Flugblättern und finden dabei die Zustimmung der Mehrheit der gesamten Bevölkerung.

## Auflösung der Schutztruppen.

Der Reichskolonialminister hat folgende Verfügung erlassen: Die Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika werden aufgelöst. Ueber die Auflösung der Schutztruppe für Kamerun folgt weiterer Befehl.

Die Abwicklung der Schutz- und Landesverteidigungstruppen wird dem Kommando der Schutztruppen übertragen, das nunmehr die Bezeichnung führt: „Abwicklungskommando des früheren Kommandos der Schutztruppen im Reichskolonialministerium“.

Die Bestimmungen der Schutztruppenordnung und sonstige Verordnungen bleiben in Kraft. Die bisherigen Dienst- und -stempel sind weiterzuführen.

Anlässlich der Auflösung hat der Reichskolonialminister an die Schutztruppen einen Erlaß gerichtet, in dem er auf den durch die Entente ausgeübten Druck hinweist, durch den die Auflösung erzwungen sei. Der Erlaß lautet dann so:

Wenn auch die harte Notwendigkeit den Schutztruppen manchmal die Waffe in die Hand zwang, um im Kampfe mit einem oft grausamen und heimtückischen Feinde das Land von der Gefahr der Sklaverei und dem blutigen Hinterland zu befreien, so lag ihre Hauptaufgabe doch auf anderem Gebiet. In unermüdlicher Friedensarbeit im Wettbewerb mit Beamten, Kaufleuten, Pflanzern und Wissenschaftlern, haben Offiziere, Unteroffiziere und Reiter hervortragend dazu beigetragen, daß den Eingeborenen die Segnungen deutscher Kultur zugeführt wurden.

Gänzend sind die Taten der Schutztruppen im Weltkriege gewesen. Im Buch der Geschichte ist eingetragenen, wie Deutschlands Ehre, fern der Heimat auf verlorenem Posten, sich einer Uebermacht von Feinden erwehrt. Einiger Dank des Vaterlandes gebührt den Helden. Dank auch den deutschen

Frauen, die in selbstlosem Wirken um das Wohl der kranken und verwundeten Männer der eigenen bitteren Not nicht nachließen. Dank schließlich den treuen Partnern, die, um das Schwarzweißrote Banner gekämpft, lieber den Heldentod fanden als ihre deutschen Führer verrieten. Sie lohnten die ihnen erwiesenen Wohlthaten und setzten treue Fürsorge.

Zum Schluß spricht der Erlaß die Hoffnung aus, daß deutsche Tapferkeit und Kraft sowie Liebe zum Vaterlande und das Gefühl der Pflicht uns aus den gegenwärtigen Nöten wieder heraus- und emporführen werden, so daß dereinst das achtunggebietende Ansehen des deutschen Namens in fernem Erdteilen heller strahlen werde.

## Der Konflikt in Bayern.

Zu dem Konflikt zwischen der bayerischen Arbeiterschaft und der bayerischen Regierung, von dem wir wiederholt in den letzten Tagen berichtet hatten, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Die Forderung nach einem Eingreifen der Reichsregierung ist unerfüllbar. General Mühl ist bayerischer Landeskommandant und von der bayerischen Regierung beauftragt, die Geschäfte zu erledigen, die sich aus dem Kriegszustand, der in Bayern besteht, für die militärischen Stellen ergibt. Dem Reichswehrminister untersteht General Mühl nur als Truppenkommandeur. Bei seiner letzten Anwesenheit in München hat der Reichswehrminister dem General Mühl eindringlich gemahnt, im Einverständnis mit der Regierung Hoffmann vorzugehen. Daran hat sich der General vollkommen gehalten. Seine Verfügung wegen der Revolutionsfeier ist in Uebereinstimmung und unter Billigung des bayerischen Ministers des Innern erlassen. Die bayerische Regierung hat diesen Maßnahmen zugestimmt. Die Reichsregierung kann bei diesem Stand der Dinge gar nicht eingreifen, sie müßte denn die bayerische Regierung absetzen!

Inzwischen ist der Konflikt durch eine Verfügung, die das Reichswehrgruppenkommando als Ergebnis des Ministerrats vom Sonntag veröffentlicht, in ein neues Stadium getreten. In ihr wird ausgeführt, die in vollem Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern erlassene Verfügung zur Einschränkung der Revolutionsfeier sei von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse keine Störung ertragen und kein Arbeitstag ungenützt gelassen werden könne. Unter Wahrung dieses Standpunktes und mit Rücksicht darauf, daß in ganz Bayern die politischen Parteien bereits verpflichtende Vorbereitungen für die Feier getroffen haben, wird im Einverständnis mit dem Ministerrat erlaßt, daß der Abschluß der Feiern — sei es am 9. November oder an anderen Tagen — spätestens mit Eintritt der gesetzlichen Polizeistunde erfolgen muß. An dem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel, von Demonstrationen und Umzügen wird nichts geändert.

Der Zweck der neuen Verfügung dürfte sein, der bereits bestehenden Anordnung ihren militärischen Charakter zu nehmen und darauf hinzuwirken, daß auch die Zivilbehörden die Aufrechterhaltung der Verfassung für richtig befunden haben.

Die Flucht aus dem Westen. Das englische Eingreifen bei amerikanischen Behörden gegenüber dem Schieber- und Wuchertum in dem besetzten Gebiet hat eine flüchtige Abreise der Kolonnen Kassierer bewohnenden Schieber bewirkt. Amerikanische Soldaten und Berliner Kriminalpolizisten beteiligten sich gemeinschaftlich bei der Abreise der Schieber. In dem Lager eines einzigen Verhafteten wurden allein für ungefähr fünf Millionen geschwundener Waren, meist Schokolade und Zigaretten, beschlagnahmt.

Nach behördlicher Genehmigung dieser Grundzüge steht der Einführung von Sport in den Schulen nichts mehr im Wege.

Der Jugend gehört die Zukunft. Hoffen wir, daß die neue Kern des Sports, die hier nur in Umrissen angedeutet werden konnte, nicht nur den Körper, sondern auch den Geist der Jugend zu stärken vermag.

Eine Bibliothek des Sozialismus. Der Wiener Forscher und Sozialist Anton Renger, der 1906 starb, vermachte seine Bibliothek und Manuskripte der Wiener Universität. Da diese Sammlung eine der reichsten für die Geschichte des Sozialismus in der Arbeiterbewegung war und ist, und der akademische Enkel ihre uneingeschränkte Benutzung zu gewährleisten versprach, hätte daraus ein Institut für soziale Forschung werden können. Aber die beabsichtigten Stiftungen verließen ihr Ziel, wenn ihre Verwalter nicht im Sinne der Stifter handeln. Eine Anfrage des Genossen Bauer in der österreichischen Nationalversammlung stellt fest, daß diese wertvolle Bibliothek in jeder Weise ihrer Bestimmung entfremdet ist und verlangt, daß die Bibliothek ordnungsgemäß katalogisiert, zur allgemeinen Benutzung freigegeben und, womöglich in Verbindung mit anderen in Wien befindlichen Sammlungen über die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, zu einem Institut für das Studium der Geschichte des Sozialismus ausgebaut wird.

Es ist zu erwarten, daß der Staatssekretär für Unterricht diese Forderungen verwirklichen und damit endlich das Erb Rengers in den Dienst der Sozialismus stellen wird. Wien wird damit das erste Institut für die Geschichte des Sozialismus erhalten, das internationale Bedeutung hat.

Ein deutsches Theatrumuseum beabsichtigt die gleichnamige Gesellschaft in Stuttgart unter Verwertung der dort vorhandenen Theaterausstellungen zu schaffen. Neben dem Direktor, das dem Literatur- und Theatergeschichtsforscher von Brandenburg Wert sein dürfte, soll das Museum hauptsächlich das Praktische pflegen, soll dem Bühnenkünstler eine Schätte der Fortbildung und Anregung werden. Dazu soll u. a. eine groß gedachte Sammlung von Inszenierungsmodellen dienen, man will im Stammbuch besonders schwierige oder eigenartige Opernrollen festhalten, die Neuinterpretationen bedeutender Komponisten über die Ausübung ihrer Werke bewahren und auch die Partituren aus den Händen namhafter Dirigenten aufheben. Für spätere Zeit will man sich die Einbeziehung der ganzen Kunst vorbehalten.

Die freiwillige Filmzensur, die der drohenden öffentlichen Filmzensur vorbeugen möchte, hat ihre Tätigkeit eröffnet. Als Zensur ist Herr Laubitz von den Filmfabrikanten eingesetzt. Es ist gegenüber anders lautenden Behauptungen festzustellen, daß dieser Herr keine amtliche Funktion annimmt und aus seiner Stellung als Zensurreferent bei der Reichspräsidenten ausgeschieden ist.

Die Elmarck Komane ist. Heinrich v. Voßlinger teilt in seinen neuen Elmarck-Gesprächen in der „Deutschen Rundschau“ mit, daß ihm Elmarck eines Tages erzählte, wie er Romane lese: „Kur wenig sie gut ausgeben. Ich hätte gleich zu Anfang am Ende des Buches, um mich nicht bergehen zu müssen“.

Zum Festung-Museum beginnt Donnerstag Prof. Herbert Dirschberg seine Einführung in die deutsche Theatergeschichte.

## Jugend und Sport.

Von Dr. R. Friedmann.

Mens sana in corpore sano, das heißt: ein gesunder Geist wohnt nur in einem gesunden Körper. Die Wahrheit dieses altlateinischen Sprichworts gilt auch heute noch. Das deutsche Volk liegt besiegt und durch eine grausame Hungerblockade gemürdet, am Körper und Seele zusammengebrochen am Boden. Die bange Frage, ob wir untergehen oder weiter bestehen werden, beschäftigt alle. Trost aller Gegensätze und Schwierigkeiten dürfen wir die Hoffnung auf eine Wiedergeburt Deutschlands nicht verlieren.

Ein neues Leben kann aber nur aus der geistigen und körperlichen Erstarbung unserer Jugend erblühen. Schon sehen wir denn Männer der Feder, der Schule und der Medizin eifrig am Werke, um die Gesundheit der Jugend zu fördern, und ihr gemeinschaftliches Lösungswort heißt: Sport. So hat erst jüngst der berühmte Berliner Chirurg Prof. Bier Vorschläge zur sportlichen Betätigung der Jugend der Tagespresse unterbreitet, und ebenso ist ein diesbezüglicher Antrag der Nationalversammlung eingereicht worden.

Das leuchtende Beispiel des klassischen Altertums, die griechischen Wettspiele zu Olympia, erscheinen vielen als ein Alibi, anderen wiederum gefällt die Nachahmung der strengen Schule der Spartaner mit ihrer methodischen Gewöhnung an Strapazen und Entbehrungen. Inzwischen begnügen sich die meisten Vorkämpfer damit, den Jugendsport ohne Einschränkung und nähere Angabe von Einzelheiten zu empfehlen. Hierin liegt nun die Quelle einer großen Gefahr verborgen. Darum möchte ich als Arzt, der einlangemachen Erfahrungen auf dem Gebiete des Sports besitzt, rechtzeitig meine warnende Stimme erheben.

Jugend muß es Aufgabe der Gemeinden sein, die Schuljugend von fachkundigen Ärzten untersuchen zu lassen, ob sie überhaupt oder für welchen besonderen Sport sie geeignet erscheint. Es ist mir von vielen Lehrern übereinstimmend bekannt worden, daß eine große Anzahl der Schüler zum Lernen vorhanden ist, daß sie leicht ermüden und vor allem eine geradezu erschreckende Denkfähigkeit zeigen. Die Lehrer wissen es am besten, daß nur die Unerkennung an allen diesen Dingen schuld ist, und sie sind einsichtig genug, gerade den fittlich verbrauchten Kindern, deren Zahl sehr beträchtlich sein soll, ihre besondere Liebe und Aufmerksamkeit zu schenken.

Angesichts so trauriger Verhältnisse kann deshalb weder für den Pädagogen noch für den Arzt ein Zweifel darüber bestehen, daß die weitest überwiegende Mehrzahl der Schüler — dies gilt auch für die höheren Schulen — gegenwärtig nur für den allerleichtesten Sport geeignet sein dürfte.

Daher ist jeglicher Sport, der mit irgendwie erheblicher Anstrengung verbunden ist, von Uebel, denn er würde nur dazu dienen, die Unerkennung zu fördern. Auch dürften aus diesem Grunde schon Geräteübungen beim Turnen, Springen und Laufen in vielen Fällen ärztlich zu verbieten sein,

Jedenfalls erweist mir eine möglichst sorgfältige ärztliche Untersuchung, die sich besonders auf die Funktionsleistung des Herzens, der Lungen, der Nieren und der Bewegungsorgane erstreckt, unerlässlich, ehe ein Schüler für sportfähig erachtet wird.

So sehr nun aber vom ärztlichen Standpunkt gerade beim Sport die größte Vorsicht geboten ist, so kann nicht dringend genug die Gymnastik für die Jugend empfohlen werden, die sich vor allem auf Freilübungen und Spiele mit leicht sportlichem Charakter bezieht. Auch die sogenannte schwedische Heilgymnastik ist hierzu vortrefflich geeignet. So habe ich selber diese Art von Gymnastik im Lazarett auch mit Turnlehrern und besonders für diesen Zweck ausgebildeten Schwestern und Unteroffizieren bei fast allen Arten von Verletzungen mit ausgezeichnetem Erfolg angewandt.

An der Spitze dieser Leibesübungen stand die Atemgymnastik, die vor allem den Stoffwechsel anheben hilft und einflößt; sie sollte deshalb zum Programm jedes Turnlehrers gehören. Gewiß sind die bekannten sechs Schulübungen Übungen nach den Regeln von großen Nutzen, aber sie genügen doch nur für den Augenblick, ihre Wirkung ist nicht nachhaltig. So habe ich denn gemeinschaftlich mit dem Gymnastiklehrer Herrn Arno Röber aus Halessee eine große Anzahl von Übungen zusammengestellt, die, auf wissenschaftlicher Grundlage beruhend, nicht nur die Atemmuskeln, sondern auch den ganzen Körper in den Dienst der Atmung stellen; auch Gruppenübungen sind darunter, die nebenbei zugleich ärztlich wirken.

Schon die ständig zunehmende Lungenüberlastung zwingt uns, alle Vorfälle zu ihrer Verhütung zu gebrauchen, und so möchte ich gerade bei dieser schrecklichen Volkskrankheit der Atemgymnastik das Wort reden. Für Schüler mit schwachen Lungen, denen nicht klimatische und andere Heilmittel zu Gebote stehen, kann es noch meiner Ueberzeugung kaum etwas Besseres als Atemübungen zur Behandlung geben.

Was nun aber den eigentlichen Sport anbelangt, so muß von vornherein jegliche Art von schwerem Charakter, wie z. B. die sogenannte Schwereathletik, als für Schüler völlig ungeeignet, verboten werden. Auch ist die Schule nicht dazu anzuhalten, eine Bildungstätte für herabgekommenen Sport zu sein und ebensowenig hat sie die Aufgabe zu erfüllen, zur Meisterschaft und zur Rekordleistung die Jugend zu erziehen. Dagegen ist der leichte Sport so mannigfaltig, daß er in allen seinen Zweigen, wie z. B. Schwimmen, Rudern, Eiskutschlaufen, Rodeln, Hoch- und Weitsprung, Staslettslaufen u. a. in den Schulen alles bietet, was sie zu ihrer körperlichen Erhaltung brauchen. Auch Kasten- und Wettspiele gehören hierher, besonders alle Arten von Ballspiel, Fußball und das schöne italienische Boggispiel.

Endlich noch ein Wort zur Frage der Organisation, die ich, wie ich glaube, ohne erhebliche Kosten für den Staat und die Gemeinden in kürzester Zeit lösen läßt. Es ist nur nötig, daß ein aus Ärzten und Pädagogen, besonders Turnlehrern, gebildeter Ausschuss allgemeine Grundzüge ausarbeitet, die für alle Schulen

## Baltische Munitionsziehung.

(Eigener Drahtbericht aus Frankfurt a. O.) Durch den Vorliegenden des Volksgesundheits- und des Reichsverwaltungsdienstes ist eine Kabinetsnote an die Reichsregierung über die Baltische Munitionsziehung, die nach dem Anstande abgehen sollte, hier befragt worden. Drei weitere Kabinetsnote, die ebenfalls verlesen werden sollten, wurden hier gleichfalls festgehalten. Die Befragung ist eingestellt worden, da die erforderlichen Anträge an die Reichsregierung bis zum heutigen Tage nicht beigebracht werden konnten. Die Untersuchung ist im Gange. Wie wir weiter von zuverlässiger Seite erfahren, ist an dieser Ziehung eine Berliner Firma beteiligt, die den Auftrag hatte, die Munition zu liefern. Die Munition sollte, wie aus Frachtbriefen hervorgeht, nach Stettin gehen und von dort wahrscheinlich nach Riga zur Unterstützung der Gegenrevolution weiter verschickt werden. Es handelt sich um ein Objekt von circa 20 Millionen Mark.

Der deutsche Freybund. Im Rahmen der Volkshochkulturscheide der Volkshochschule und der Volkshochschule, hält Herr Dr. Theodor Tschauer fünf Vorträge unter dem Gesamttitel „Organisation der Kultur“. Die Vorträge finden vom 7. November ab in der Dortheimerstr. 12, abends 8 Uhr, statt. Nähere Bedingungen sind von der Geschäftsstelle in Charlottenburg, Kantstr. 187 zu erfahren.

## Industrie und Handel.

### Börse.

Die baltische Verkehrssperre, die am deutlichsten den Markt der Wirtschaftslage widerspiegelt, stimmte die Börse verunsichert. Es trat infolgedessen eine Abkühlung der Tendenz ein, doch war das Angebot kein dringendes. Die empfindlichsten Kursrückläufe erlitten Kolonial- und Petroleumwerte. Auch am Montanmarkt waren Kursrückgänge zu verzeichnen. Lediglich für Wagnis zeigte sich Auftrieb. Schiffahrtswerte waren gut gehalten. Auch Farbwerke konnten sich ungefähr behaupten. Bankaktien blieben vernachlässigt. Heimische Anleihen schlossen sich der Abwärtsbewegung an.

## Groß-Berlin

### Kommunistisches Holzackerlied!

Auf Roterad, und im Takt  
Die alte Einheit kein Gedacht!  
Die innere Blut darf nicht erkalten,  
Denn laßt uns spalten, laßt uns spalten!  
Was soll die einige Partei?  
Man baue sie sofort entzweit!  
Wo Massen sich zusammenballen,  
Sich's was zu spalten, was zu spalten!  
Sind ab die II. S. B. schon klast,  
Run los auf die mit aller Kraft!  
Weil feils sie Stange uns gehalten,  
Laßt sie uns spalten, sie uns spalten!  
Auf den Volksgesundheitsrat trifft der Stahl  
Erst einmal und dann noch einmal,  
Doch die Revolutionengewalten,  
Doch nur gespalten, nur gespalten!  
Da steht noch der Gewerkschaftsbund  
Von sechs Millionen — donnerstoch,  
Er hat schon viel zu lang gehalten,  
Er sei gespalten, sei gespalten!  
Und fällt uns weiter nichts mehr ein,  
Dann baue wir uns selber klein.  
Da, wird sich unsere Kraft entfallen,  
Wenn wir gespalten, ganz gespalten!  
Wir stehen mit erhobener Axt  
Und alles wird entzweit gefahrt.  
Kann untereins auch nichts gestollen,  
Wir können spalten, können spalten!

Rich. von Lindenfeld.

### Die Schnüre.

Jetzt in Groß-Berlin ist telephonieren, ist oft ein Vergnügen eigener Art. Teilnehmer, die ständig am Apparat sind, wie z. B. Zeitungredaktionen, melden sich nicht, weil es bei ihnen nicht klingelt. Kommt der Störungsmann, so findet er alles in Ordnung. Ist er weg, geht das Theater wieder los. Oder man legt die Verbindung, dann beginnt, während die Verständigung mit dem eigenen Amt todeslos war, in der Strippe ein Schreien und Schnurren, ein Pfeifen und Surren, ein Lösen und Schnarren und Puffen, ein Sausen und Klängen und Husten... obgleich dem gleichen Apparat die weitesten Ferngespräche in einer Weise funktionieren, die wir in der uns anergzogenen Bescheidenheit schon einmal erlebt haben.

Was ist es nur? Es ist — die Schnur. Die Schnur ist's auf dem Amt, die Kopfte. Das Fräulein ist so freundlich, sie zu wechseln — ohne eine Verbesserung zu erzielen. So verschlechtert ist das Telefon trotz der enormen Verteuerung; jedoch man arbeitet schon an seiner Schnur Erneuerung.

### Warnung vor Zigarettenhändlern.

Die Fürsorgeabteilung des Reichswehrministeriums gibt folgendes bekannt:

Es wird vor dem Erwerb eines unbekanntem Schmiedlers gewarnt, dem es bereits gelungen ist, bei nomadischen Firmen in Berlin und Frankfurt a. M. Zigaretten zu Vorzugspreisen zu erhalten. Der Schmiedler gibt an, beauftragt zu sein, im Namen des Kriegsministeriums, Abteilung Kriegsgefangenenfürsorge, Berlin, Zigaretten für die heimkehrenden Kriegsgefangenen einzulösen und bedient sich eines Ausweises mit dem Aufdruck: „Kriegsministerium, Abteilung Kriegsgefangenenfürsorge, Berlin“, unterschrieben: „von Haben ein“. Eine Abteilung Kriegsgefangenenfürsorge gibt es nicht im Reichswehrministerium (früher Kriegsministerium), ebenso wenig einen Angehörigen von Haben ein. Der unterschriebene Stempel des Ausweises ist gefälscht.

Es kann nur geraten werden, den Schmiedler im Betrugsverfahren festzunehmen zu lassen.

### Protestversammlungen der Groß-Berliner Mieter.

Als Antwort auf die kürzlich abgehaltenen Massenversammlungen der Berliner Hauseigentümer veranstaltete am gestrigen Sonntag vormittag der Mieterbund Groß-Berlin in den verschiedenen Stadtbezirken sieben große Mieterversammlungen, die trotz der verhältnismäßig frühen Versammlungszeit gut besucht waren. In allen Versammlungen wurde darauf hingewiesen, daß die Hausbesitzer mit aller Macht versuchen, die sozialen Absichten der Regierung zu durchkreuzen. Der Kampf gegen die erbärmlichen Mietssteigerungen müsse zur Entscheidung kommen. In diesem Kampf müsse jeder Mieter von Groß-Berlin helfen. Der

aberragenden Macht des Hausbesitzes müsse eine starke Mieterorganisation entgegengetreten werden. Während der Berliner Hauseigentümer sich reißlos organisiert ist, sind zurzeit in Berlin höchstens 80 000 bis 100 000 Mieter organisiert. In allen Versammlungen wurde im Sinne dieser Ausführungen die folgende Entschließung vorgelesen, die dem Reichspräsidenten, dem Reichsminister, dem Reichsminister und dem preussischen Ministerpräsidenten überreicht werden soll:

1. Gegenüber den öffentlichen Ausgebungen der organisierten Mieter geben wir Mieter folgende Mindestforderungen bekannt:
  - a. Sofortige Einführung von Höchstzuschlägen zum Friedensmietpreis.
  - b. Einseitige Regelung der Höchstzuschläge für Preußen und die Bundeszentralbehörden.
  - c. Die Wirksamkeit der Regelung ab 1. November 1919.
  - d. Die weitestgehende Minderbefreiung der Mieter mit den Steuerungskosten.

Zur Begründung wird gesagt, daß die Ausübung des Wohnungsmangels durch die Vermieter die Regierung zwingen müsse, zugunsten der arbeitenden Bevölkerung Preußen sofort einzugreifen. Geht das nicht, so werden die Beziehungen zwischen Mieter und Vermieter auf das ernste gefährdet.

### Die rote — die blaue — die grüne Polizei.

Ein tolles Durcheinander, das sich glücklicherweise jedoch ohne Wassergewalt lösen ließ, hat sich in der Nacht zum Sonntag in einem Lokal in der Rundenberger Straße abgespielt. Dort lag der bei der Kommandantur angestellte Kriminalbeamte Höfker und bemerkte, daß ein elegant gekleideter Herr mit dem Wirt ein Gespräch abzusprechen bemüht war. Der „fremde Herr“ zog aus seiner Hosentasche 6 große Brillantringe, die offenbar aus einem Einbruch stammen und einen Wert von 24 800 Mark hatten. Diese Ringe bot der Unbekannte dem Wirt für 8000 Mark an, wobei er hinzufügte, daß er heute Nacht wieder ein neues Ding brechen werde. Der Kriminalbeamte der Kommandantur rief nun telephonisch die Wachabteilung der Kommandantur um Hilfe an, deren Vorhörer kurze Zeit später an Ort und Stelle erschien. Da der Brillantenschieber sich seiner Verhaftung widersetzte, kam es zu einem Handgemenge. Inzwischen eilte der Wirt, der glaubte, daß er und der Schieber von anderen Verbrechern überfallen worden sei, ans Telefon und rief das Stichwort „Mehrfach“ ins Telefon. In kurzer Zeit erschienen nun von einem nahegelegenen Polizeirevier mehrere Beamte der blauen, alten Polizei. Der Schieber und der Wirt behaupteten, von „Verbrechern“ überfallen zu sein und verlangten deren Feststellung. Die beiden Kommandanturbeamten zeigten ihre Audienz und beantragten, daß zunächst einmal dem Brillantenschieber die Verhaftung abgenommen würde. Der Kommandantur-Reviervorsteher Leppien nahm die Sache an sich und folgte dann zur Klärung des Sachverhaltes den blauen Polizeibeamten auf deren Nachforschungen. Die Kommandanturleute verlangten nun die Aufnahme eines Protokolls und wollten dann den Verbrecher, der inzwischen als der Kellner Wilhelm Schulz festgestellt wurde, der bereits mehrere Jahre im Ruchhaus verbracht hat, mit sich nehmen. Um sich aus der Affäre zu ziehen, rief nun die „blaue“ Polizei, da die „rote“ Polizei auf ihrem festgenommenen Einbrecher bestand, die „grüne“ Polizei zu Hilfe. Als bald erschien diese am Platz und entschied, daß der Einbrecher, um den die beiden anderen Behörden erhitert stritten, ihr selbst auszuliefern sei. Die „rote“ Polizei beugte sich der Uebermacht, wollte aber zur Sicherheit die „grüne“ Polizei beiseite, um den Einbrecher sicher abzuliefern. Vor dem Nachhaken der grünen Polizei, in der Rundenberger Straße, trennten sich die drei Polizeien und der Reviervorsteher der roten, Leppien, teilte dem Vertreter der grünen mit, daß er zwar den Einbrecher übernommen habe, während die beschlagnahmten Edelsteine sich noch in L's Besitz befänden. Daraufhin verhaftete kurz entschlossen die grüne Polizei alle anderen und erst nachdem eine gründliche Aussprache über den Vorfall stattgefunden hatte, entwirrte sich der Kompetenzstreit gegen Morgen.

Eine Einkaufsstelle des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin für zur Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung mit öffentlichen Wirtschaften und freien Lebensmitteln begründet worden. Aufgabe der Einkaufsstelle ist, alle nur irgendwie erreichbaren Nahrungsmittel, wie Reis, Milch, Kalbs, Speck usw., in so großen Mengen zu kaufen, daß die Verteilung auf die Groß-Berliner Bevölkerung möglichst gleichmäßig erfolgen kann. Durch diese Zentralisierung des Einkaufs soll den einzelnen Gemeinden das Recht genommen werden, selbst Einkäufe zu vollziehen, auf der anderen Seite sind sie aber zur Abnahme der vom Lebensmittelverband gelauteten Waren verpflichtet. Es ist in Aussicht genommen, die eingekauften Lebensmittel durch den Groß- und Kleinhandel zur Verteilung zu bringen, selbstverständlich unter ausreichender Preiskontrolle. Gegen diese Maßnahme ist von sozialistischer Seite Einspruch erhoben worden.

Aus blinder Liebe zur Dichtin geworden ist eine Verkäuferin aus Kiel, die von der hiesigen Kriminalpolizei mit ihrem Geliebten festgenommen wurde. Das Mädchen war lange Zeit bei einem Juwelier angestellt und reicherweise auch das in es geführte volle Vertrauen, bis es eines Tages auf der Hamburger Rennbahn einen Jockey kennen lernte und sich blindlings in ihn verliebte. Der gewissenlose Mensch nutzte die Zuneigung der Verkäuferin dazu aus, daß er sie veranlaßte, zu seinen Gunsten ihren Arbeitgeber zu bestehlen. Nach dem ersten Diebstahl hatte er sie völlig in seiner Hand und zwang sie, immer mehr zu stehlen. Der Wert des gestohlenen Gutes hatte schon 10 000 Mark erreicht, als die Verkäuferin endlich ihre Stellung heimlich verließ und mit ihrem Geliebten nach Berlin fuhr. Hier wohnte das Paar in einem Hotel als Mann und Frau und lebte von dem Erlös der Schmuckfäden die es nach und nach verkaufte. Der Juwelier entdeckte unterdessen die Diebereien, und die Kieler Behörde benachrichtigte auch die hiesige Kriminalpolizei. Diese nahm das Mädchen im Hotel fest, fand aber bei ihm nur einen kleinen Teil der gestohlenen Juwelen. Der Jockey verstand es, sich bei dem Untersuchungsrichter herauszufinden und wurde wieder entlassen. Jetzt sollte er die Waise aus dem Versteck, in dem er sie untergebracht hatte, heraus und lebte allein fort weiter, während seine Geliebte im Untersuchungsgefängnis saß. Western gelang es, ihn wieder zu ermitteln und von neuem festzunehmen und den größten Teil des gestohlenen Gutes für den Eigentümer noch zu retten.

Halswärtigermerckmal im entlegenen Gebirgsdorf. Eine aufsehenerregende Verhaftung, die vorgestern in einem Vergnügungsort in der Röhrenstraße stattfand, führte gestern zu einer Aufhebung einer Hängemarschfabrik in einem kleinen, bayerischen Gebirgsdorf durch die hiesige Polizeibehörde. Als hier vier Köpfe in dem Lokal in der Röhrenstraße vernagt beisammen saßen, erschien plötzlich ein Beamter der Polizeibehörde, um alle festzunehmen. Während drei der Männer sich widerstandslos in ihr Schicksal ergaben, machte der vierte einen Heidensturm, erklärte, daß er gestrichelt und unzurechnungsfähig sei, und verlangte auf Grund seines Jern-attackes Freilassung. Die Verhafteten hatten einen größeren Vorrat falscher Hängemarschfabrik nach Berlin gebracht, um sie hier umzusetzen. Sie stammten, wie die Ermittlungen ergaben, aus einer Fabrik, die in einem kleinen Gebirgsdorf in Bayern sich befand. Dort wurde sie ausgearbeitet und Maschinen, Platten und des sonstige Gerät beschlagnahmt.

Listenberg. Briefe für Kinderbewerber — große 750 Mark — in den Größen 27 bis 40 für Knaben und Mädchen hat die Gemeinde erworben. Sie sind aus besten Leder hergestellt. Preis für die Größen 27—30 41 Mark, 31—35 45 Mark und 36—40 50 Mark pro Paar. Anträge von Personen, die glauben, hierauf Berechtigung zu haben,

nehmen die Polizeibehörde in Karlshorst und Friedrichsfelde in der Woche vom 8. bis 8. November entgegen. Nach dem 8. November können die Personen, denen Briefe zugewiesen werden, die Berechtigungsbescheinigung bei den vorgenannten Polizeibehörden in Empfang nehmen.

Oberkammerweibe. Die Parteigenossinnen und Genossen treffen sich am Dienstag 2 Uhr im Grundhaus, Rathausstraße, Ost-Schillerpromenade, zur Begrüßung des Genossen Oerich.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

250 Gramm Marmelade (58). Für Personen über 65 Jahre 1 Palet Nougat oder Nougat (23). Auf B 1 und B 2 und O 1 u. O 2 der Milch für Kinder im A, 4, 8 und 8 Lebensmittel als Ersatz für Milch 250 Gramm Käsefäden und 250 Gramm Rindergesamtmilch. Lichterfelde. 200 Gramm Mandeln (94 und 95) bis 8. d. M. — 200 Gramm Rindergesamtmilch (12) für Kinder bis zu 2 Jahren für Rindfleisch. Je 500 Gramm Fleischwaren gegen Rückgabe der Oktober-Küchenkartenmischkäse A I, A II, B I, B II, O I, O II. 500 Gramm Käsefäden (9) für 60 Jahre und darüber. Anst. Adressverzeichnisse und Obst verhandelt.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

28. Okt. Heute Montag, 7 1/2 Uhr, Sitzung der Parteifunktionäre bei Wilmann, Kantstr. 2.

Nächste Wochensitzung für Volk und Telegraphie, 2. Bezirk. Die Vertrauensmännerversammlung findet nicht Montag, sondern Freitag statt.

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Nieder-Schöneberg. Johannischal. Zentralk. 1. Einig. d. Sozialdem. Mitgliederversammlung bei Gen. Hädel. Nied.-Schöneberg, Grünauer Str. 8. Mittwoch, 7 1/2 Uhr. Wichtige Tagesordnung.

Reichsbund der Kriegsgeldbesitzer. Bezirk NO 9. Sektion Hohensteindene. Am Dienstag, 7 1/2 Uhr, Sitzung in den Union-Gebäuden, Großwalder Str. 222.

In alle Miets. Zur Aufführung der Mieter findet Dienstag, 7 Uhr, in Altens-Bezirk, Hasenbeide 18, eine Grottelversammlung statt. Es spricht Herr Rechtsanwalt Dr. Hans Meyer-Berlin. Einfluß des Mieterbundes Groß-Berlin, über Freizeitung von Hochpreisen für Mieträume und Verfestigung der Mietverhältnisse und Wärmewassererzeugung. Es ist Pflicht eines jeden Mieters, an der Versammlung teilzunehmen.

### Sportnachrichten.

Schneefreunde im Olympiapark. „Der Wobler“, Dammweg 100 Kilometer. 1. Kruppal 1 Std. 49 Min. 7 Sek. 2. Wirtig 1 Std. 50 Min. 3. Bauer weit. 4. Weig weit gerad. Appelland und Salsow ausgeschieden. — Amateur-Wobler: Hünserweil (1. 1:00 Meter. 1. Grottel 4. 2. Schäder 7. 3. Erbe 11. 4. Geng 11. 5. Grottschal 12 Punkte. — Walsch. 1:00 Meter. 1. Grottel 1 Min. 45 Sek. 2. Schulz. 3. Velt. 4. Schöner. — Bergabefahren, 800 Meter. 1. Döhne 65. 2. Bögel 45. 3. Grottschal 50. 4. Lantow 80 Meter Bergab. — Vorgabe: 1. Grottschal, 800 Meter. 1. Beckend 0. 2. Kaufhold 10. 3. Grottschal 20. 4. Grottschal 60 Meter Vorgabe.

## Gewerkschaftsbewegung

### Streik im Treddener Großhandel.

Dresden, 8. November. Die kaufmännischen Angestellten des Großhandels, der Industrie, der Expedition, der Schifffahrt und des Fuhrwesens sind heute vormittag zur Durchführung ihrer Tarifforderungen in den Ausstand getreten. Die Expedition und die Schifffahrt ruhen vollkommen, darunter der Hafenbetrieb. Ebenso ist die Lebensmittelversorgung unterbrochen. Vollständig ausständig sind die Angestellten der Zigarettenindustrie. Viele Großbetriebe des Handels und der Industrie ruhen ebenfalls vollständig.

### Lohnbewegung in der Binnenschifffahrt.

Für die Schiffbesatzungen der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen fordert der deutsche Transportarbeiterverband, Mitglieder des Binnenschiffers und Flößer der Elbe, Oder und märkischen Wasserstraßen und der Zentralverband der Maschinenisten und Feiler ab 1. November eine Teuerungszulage von 20 Mark pro Woche zu den bestehenden Tarifhöhen, Befreiung der Ausnahmestellung der im Kollektivvertrag vom 23. August 1919 genannten neun Firmen der märkischen Wasserstraßen, den Schiffsführern und Maschinenisten fünf Mark Lohn die Woche weniger zahlen zu dürfen, als allgemein üblich ist; also völlige Gleichheit der Löhne für Schiffbesatzungen. Die letzte Forderung ist eine grundsätzliche Forderung der beiden Arbeiterverbände.

Die Lohnbewegung wird begründet durch die seit dem 23. August 1919 stattgehabte rapide Preissteigerung aller lebensnotwendigen Bedarfsartikel und den Umstand, daß schon bei der Lohnfestsetzung am 23. August den bestehenden Teuerungsverhältnissen und den diesen angepaßten Lohnforderungen der Arbeitnehmer von Seiten der Arbeitgeber nicht genügend Rechnung getragen wurde. Die obgenannten Arbeitnehmerverbände nahmen damals im Interesse des deutschen Wirtschaftslebens von einer Arbeitseinstellung Abstand und hatten einen schweren Stand bei ihren Mitgliedern, diese zu betanlassen, es zu versuchen, mit den damals festgesetzten Löhnen durchzukommen. Gefordert wurden damals für Bootskente 115 Mark und für Schiffsführer (Kapitäne) 185 Mark pro Woche, für das Maschinenpersonal wurden analoge Forderungen gestellt. Die Arbeitgeber bewilligten aber nur 60 Mark bzw. 110 Mark pro Woche. Die Forderung einer Teuerungszulage von 20 Mark die Woche ab 1. November ist in Anbetracht der genannten Lohnhöhen und des Umstandes, daß das Schiffpersonal die Kosten zweier Haushaltungen zu bestreiten hat, als durchaus befriedigend zu bezeichnen.

Gang wider Erwarten glaubt der Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe, S. B. in Hamburg, seinen für die betreffenden Stromgebiete zuständigen Mitgliedergruppen ein Eingehen auf die Forderungen der Arbeitnehmerverbände nicht empfehlen zu können, da er in der Erfüllung der Forderung der Arbeitnehmerverbände eine Durchbrechung des gegenseitigen Kollektivvertrages sieht. Der Arbeitgeberverband besteht also, wie Scheidt auf seinem Gebiet, unbekümmert darum, ob die Schiffbesatzungen den an sie gerichteten Anforderungen zur Befreiung der Besatzungen gewachsen sind oder nicht. Die Arbeitnehmer der genannten Stromgebiete sind nach wie vor bereit, während der Fahrt bei einer Überbrechung der arbeitsfähigen Arbeitszeit bis zum Eintritt der Nachtruhe eine Verzögerung für Überstunden nicht zu verlangen. Sie verzichten während des Monats November auf ihre Sonntagsruhe bzw. auf die Gewährung der drei freien Tage im Monat, natürlich unter Inanspruchnahme der für solche Fälle im Kollektivvertrag vorgesehene Vergütung. Für den Hafen in Schiffs, dem Hauptumschlagplatz für Kohle in Schlesien, sind sie zu jeder Ueberstundenleistung bereit. In Schiffs besteht für den Rippbetrieb Schichtwechsel. Demzufolge gilt für die Schiffbesatzungen die tarifliche Arbeitszeit von morgens 7 Uhr bis abends 5 Uhr, unterbrochen von einer arbeitsfähigen Mittagszeit von 11 bis 1 Uhr. An den Stationen sind alle Arbeiten nach der arbeitsfähigen Arbeitszeit und während der Reisen als Ueberstunden zu vergüten. Ein Teil, auch der tariflich gebundenen Arbeiter, weigert sich in Schiffs die Ueberstunden zu bezahlen. Das ist eine große Gefahr für die ungeklärte Kohlenlieferung der Industrie über Schiffs. Eine schnelle Erledigung der geldlichen Forderungen der Schiffbesatzungen ist im Interesse der Befreiung der Verkehrsnot dringend erwünscht. Alle arbeiterfreundlichen Zeitungen werden um Abdruck gebeten.

Sitzung der Kommission S. B. D. Metallarbeiter wegen Dienstag, 15 Uhr abends, im Lehrereinhause.

Der Tarifabschluss im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Bei den Tarifverhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier war die engere Niederlausitz nicht auf die gleiche Stufe wie die Kernreviere...

Der Arbeitgeberverband des Niederlausitzer Bergbau-Bereichs nimmt schweren Herzens zur Erhaltung des Wirtschaftsfriedens...

Durch diese Erklärung ist auch die engere Niederlausitz in die Reihe der Kernreviere aufgenommen. Wenn auch der Einheits...

Einheitsstarif erfolgt, und dann den Forderungen des Niederlausitzer Reviers Rechnung getragen wird...

Damit sind auch für die Niederlausitz die Tarifverhandlungen zum Abschluss gelangt. Im Vertrage selbst ist streng darauf...

Oberschlesische Lohnbewegungen.

Die Bergarbeiter der Berginspektion Bielefeld sind mit neuen Forderungen hervorgetreten. Die Angestellten der Vereinigten Königs- und Laurahütte erheben abermals Einspruch...

Ende der techn. Angestellten und Beamten. Drittrunde Nordwest II. Karren Diensten, abends 1/8 Uhr, im Berg Hotel, Invalidenstraße 53...

Aus aller Welt.

Eisenbahnkatastrophe bei Kopenhagen.

Aus dem Zuge von Tallundborg, welcher gegen 9 Uhr abends in Kopenhagen eintrafen sollte, fiel bei Sigelöv ein Kind aus einem Abteil...

fürzten den hohen Bahndamm hinab. Die ganze Nacht hindurch wurde an der Rettung der Verunfallten gearbeitet...

Das Luftschiff „Dobsoner“ konnte Sonntag abend wegen des Schneesturms, als es von Friedrichshafen nach St. Gallen...

Französischer Witz. An einem Sonntagnachmittag spielte sich auf dem französischen Park „Claymore“, der in Kopenhagen...

Irland unruhig. Eine Schar Bewaffneter, die in einem Automobil herbeigeleitet waren, griff die Polizeistation von...

Bericht für den Redaktion. Zeit: Alfred Scholz, Redaktion: für Anzeigen: Theodor...

S. P. D. - Wahlverein Oberschönweis. Nach langem Leiden verschied am Freitagabend unser langjähriges Vorstandsmitglied...

Der Schuhhof BERLIN W9 Linkstraße 11 Hohegebäude. Wir verkaufen wieder nach unserem alten bewährten System...

Table with train routes and times: Die Robbenet zwingt uns, dem Montag, den 2. Dezember...

Schwerhörigkeit. Ohrger., nerv. Ohrschmerz. Nach einem jahrzehntelangen, unermüdeten Wirken...

Spezialarzt Dr. med. Lommer. Horn- und Blutuntersuchung. Behandl. schnell u. sicher ohne Herabsetzung...

Möbel. u. Polsterwaren, Spezialität: bürgerliche Wohnungseinrichtungen. Solide Arbeit. Großes Lager...

Platin! und alte Schmuckstücke ergötzen wollen, wenden Sie sich an die „Metalleinheitszentrale“...

Rechtsbeistand. Dresdener Str. 111 Eingang 2. Altbauische Anwaltskanzlei...

Bettstätten. Des bekannt vorzügliche und in seiner Wirkung hervorragende Mittel gegen dieses so lästige Leiden...

Wir verkaufen wieder nach unserem alten bewährten System. Noch vorhandene rationierte Schuhwaren zu den vorgeschriebenen Preisen.

Zähne mit echtem Friedenskautschuk von 4 M. an. Teilzahl, Zahnziehen mit Elixier, fast vollk. schmerzlos...

Zähne mit echtem Friedenskautschuk 5 Mark. 5 Jahre Garantie. Zahnziehen mit Betäubung...

Verkäufe. Pelzwaren kaufen Sie nicht, bevor Sie im Wanderschauhaus...

Wohnung. Saftige, alte, nur prima Stoffe, Markarbeit, verziert, preiswert...

Möbel. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Verschiedenes. Metallarbeiten, Kupfer, Messing, Zinn, Silber...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Arbeitsmarkt. Gelegenheitsarbeiten, Reinigung, etc.

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Arbeitsmarkt. Gelegenheitsarbeiten, Reinigung, etc.

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Arbeitsmarkt. Gelegenheitsarbeiten, Reinigung, etc.

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Wohnung. Kleines, schön, bequemes, kleinstes, gerichtet, Einzelstück...

Arbeitsmarkt. Gelegenheitsarbeiten, Reinigung, etc.